

Der Mensch ist das Maß der Dinge

– nicht die (Maß-)Regeln und Profite der Kliniken und Pharmakonzerne!

Unter Aufrechterhaltung

- unserer grundlegenden Forderung nach Abschaffung aller psychiatrischen Zwangsstrukturen und damit einem Ende allen Maßregelns, sowie
 - unserer Ablehnung der Verfügung von Menschen über Menschen, der zwangsweisen Verabreichung verhaltenssteuernder Stoffe von Menschen durch Menschen und der Erniedrigung oder formalen Begutachtung von Menschen durch Menschen
- fordern wir zur sofortigen Umsetzung in allen Psychiatrien, geschlossenen Heimen und Anstalten:

1. Volle Anerkennung der Patient*innenverfügungen und Vorsorgevollmachten ohne Wenn und Aber in Kliniken, vor Gutachter*innen und vor Gericht.
2. Internetzugang, Wahrung des Postgeheimnisses, uneingeschränktes Telefon- und Besuchsrecht in allen freien Phasen des Tages (mindestens zwei Stunden pro Tag).
3. Handlungen von Ärzt*innen und Betreuer*innen mit Auswirkungen auf Status und Gesundheit von Gefangenen oder Patient*innen nur mit Zustimmung der Betroffenen, immer mit Videoaufzeichnung und unter qualitativer Orientierung an den Standards des Bundes Deutscher Psychologen (2001).
4. Vorführung vor Richter*innen oder Gutachter*innen nur ohne vorherige, erzwungene Einnahme oder Zuführung von Psychopharmaka sowie Dokumentation (auch bei gewünschter Einnahme), welche Psychopharmaka in den sechs Monaten davor eingeflößt oder abgesetzt wurden.
5. Keine Sanktionierung für kritische, auch polemische mündliche oder schriftliche Äußerungen. Keine Einschränkung oder Repression für Pressekontakte oder Teilnahme an Protestaktionen.
6. Keine Fixierungen, Zwangsmedikamentierungen und Isolierungen in oder durch die psychiatrischen Anstalten!
7. Uneingeschränktes und jederzeitiges Einsichtsrecht in die Patient*innen-akten und Einhaltung der Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes.
8. Besuchskommissionen mit vollen Rechten und unter Beteiligung von Angehörigenvertreter*innen, Betroffenen und zivilgesellschaftlichen, u.a. psychiatriekritischen Vertreter*innen aus dem In- und Ausland.
9. Ständige, mindestens einmal jährlich öffentlich zu machende Dokumentation aller Grundrechtseinschränkungen (Freiheitsberaubungen, Verschärfung der Freiheitsbeschränkungen, Verstoß gegen körperliche Unversehrtheit, Bruch des Post- und Telefongeheimnisses).
10. Standardisierung der Rechtsbelehrungen für Betroffene und Überreichung einer entsprechenden Rechtshilfe mit Benennung aller Rechte und Pflichten der Inhaftierten.
11. Schriftliche Dokumentation und Begründung aller sogenannten „Besonderen Sicherungsmaßnahmen“ einschließlich der vollen Akteneinsichtsmöglichkeiten und sofortiger Beschwerdemöglichkeiten für die Betroffenen.
12. Ausgang jeden Tag in Anlehnung an den offenen Strafvollzug als Standard in geschlossenen Psychiatrien. Dokumentation und besonderer richterlicher Beschluss bei Einschränkungen.
13. Keine Psychopharmaka an Kinder und Jugendliche bei sog. Verhaltensstörungen!

Infos: www.anti-zwangspsychiatrie.tk, www.zwangspsychiatrie.de

Zwangsanstalten abschaffen!



Seit es Psychiatrien gibt, wird in ihnen gemordet.

Zuerst durch unmenschliche Behandlung,

Hunger und Gewalt. Dann,

unter dem Nationalsozialismus,

als 300.000-facher

Massenmord per Gas.

Ab 1941 versteckter

durch Arbeit und Ver-

hungern. Nach 1945 ging

es noch Jahre weiter:

20.000 starben.

Heute töten Psycho-

pharmaka, Isolierung

und Gewalt lautlos.

Ein solches System der Menschenrechtsverletzung ist nicht reformierbar. Darum:

Zwangspsychiatrien abschaffen!!!

Der damalige Chef der Zwangsanstalt Gießen/Haina stellte in seinem „Praxis- handbuch Maßregelvollzug“ fest: Die Behandlung klappt in Freiheit besser als in Gefangenschaft. Bau und Betrieb von Zwangsanstalten sind der Grund, dass sie auch belegt werden (aus kommerziellen Gründen – 10.000 € pro Monat und Person gibt es aus Steuermitteln!). Todesfälle in den geschlossenen Anstalten kommen bemerkenswert häufig vor. Psychopharmaka werden auch außerhalb der vorgesehenen Einsatzzwecke verordnet.

Wir gedenken dieser Opfer und Betroffenen. Und wollen uns wehren gegen das, was viele Betroffene, UN-Gremien und der Papst als „Folter“ bezeichnen. Wer gibt mit uns denen eine Stimme, die mundtot gemacht wurden?

Nächste Demo: Dienstag, 5. November, 15 Uhr, Gießen-Kugelbrunnen

V.i.S.d.P. und Kontakt: Jörg Bergstedt, Projektwerkstatt, 06401-903283, saasen@projektwerkstatt.de